

Die Post- und Telegraphengebühren im Steuerausschuß.

¶ Berlin, 31. März. (Telegr.) Der Steuerausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung über die Kriegsabgaben bei den Postgebühren fort. Es liegen folgende Anträge vor: von der Fortschrittlichen Volkspartei: die Reichsabgaben sind ein Jahr nach Friedensschluß aufzuheben, wenn es der Reichstag verlangt. Von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft: die Portofreiheit der Bundesfürsten und ihrer Angehörigen wird aufgehoben. Von der nationalliberalen Partei: baldmöglichste Einführung einheitlicher Postwertzeichen für das ganze Reich.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter führte aus, daß, wenn sich Bedenken gegen die Aufhebung der Kriegsabgabe in dem festgesetzten Termin herausstelle, der Reichstag ja mit sich reden lassen werde. Gegebenenfalls könne man ja den Zeitpunkt hinausrücken. Für den Antrag der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft könne des Redners Partei in diesem Augenblick nicht stimmen, da er die spätere Ablösung der Portofreiheit nur erschweren und verteuern könne. Zu wünschen sei jedoch, daß auch die Portofreiheit Genießenden von der Kriegsabgabe getroffen werden, sonst würde ein ungünstiger Eindruck erweckt werden.

Ein konservativer Abgeordneter erklärte, sämtliche Anträge abzulehnen, auch den nationalliberalen Antrag, der in Bayern unangenehm empfunden werden würde. Die Belastung sei nicht unerträglich, man werde aber in den sauren Apfel beißen müssen. Die Vorlage treffe das platte Land genau so wie die Städte. Ortsbriefe bis 250 Gramm für 5,3 seien eigentlich ein Un Ding. Die Erhöhung des Drucksachenportos sollte nach dem Gewicht durchgestaffelt werden. Ebenso der Zuschlag bei Telegrammen, je nach der Länge. Es wäre kein Unglück, wenn das Schreiben unnützer Briefe eingeschränkt würde. Die kleine Presse wäre zu schonen, allerdings sei nicht zu erkennen, wie das gemacht werden solle.

Der Reichspostsekretär sprach sich gegen den Antiportofreiheitsantrag aus. Die Vorlage ändere nichts an dem Ausgleich, den schon der jetzige Tarif zwischen Stadt und Land gewissermaßen schaffe.

Ein Sozialdemokrat betonte, daß derartige Abgaben sich überhaupt nicht gerecht, nämlich nach der Leistungsfähigkeit gestalten ließen. Die Telegrammverteuerung wäre besser dadurch zu gestalten, daß die Grundtaxe um 10,3 und jedes Wort um 2,3 verteuert werde. Man könnte auch Telegramme bis zu zwölf Worten unverteuert lassen. Der schematische 20prozentige Zuschlag auf die Fernspreckgebühren werde in den kleinen Orten zu zahlreichen Kündigungen führen. Die Sozialdemokraten würden für einheitliche Postwertzeichen in schärferer Formulierung stimmen.

Der Reichsschatzsekretär führte aus, daß ein gewisser Widerspruch hervortrete, indem einmal der provisorische Charakter des Gesetzes betont, dann wieder dauernde Bestimmungen verlangt werden. Die Portofreiheit der Fürsten könne doch in einem provisorischen Gesetz unmöglich geregelt werden. Es handle sich um eine staatsrechtliche Frage. Eine Verteuerung von 2,3 beim Telegrammwort würde einen starken Rückgang hervorrufen. Die Portofreiheit der Feldpost dürfe nicht angetastet werden. Es könne auch kein Unterschied zwischen mobilen und immobilien Truppen gemacht werden.

Ein Abgeordneter von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sprach gegen die angeregte Verteuerung der Postarten auf 10,3 und befürwortete seinen Antrag gegen die Portofreiheit der Fürsten. Ein Fortschrittler wies darauf hin, daß das Kleingewerbe besonders hart getroffen werde, was er praktisch berechnete. Die Portoerhöhung werde nicht überall auf den Verbrauch abgewälzt werden können.

Ein Zentrumsabgeordneter verlangte, daß bei dringenden Telegrammen nicht auch die Reichsabgabe verdreifacht werde. Darauf unterbreitete der Staatssekretär die Einzelberechnungen, aus denen sich die Schätzung der Mehreinnahmen, wenn die Vorlage Gesetz wird, wie folgt zusammenstellt: Post 164,6 Millionen Mark; Postschicks 4,7 Millionen Mark; Telegramme 8,5 Millionen Mark; Fernspreckwesen 22,8 Millionen Mark; im ganzen 200,6 Millionen Mark.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter meinte, daß es für die Fürsten kränkend wäre, wenn sie von der Postkriegsabgabe ausgenommen werden sollten. Der Presse könne man anders entgegenkommen als durch Gewährung von Rabatten. Der Mittelstand dürfe nicht ungerecht belastet werden. Dafür müsse gesorgt werden. Der Redner stellt den Antrag, die fürstlichen Sendungen der Reichsabgabe zu unterstellen. Ein gleichlautender Antrag ist für den Fall der Ablehnung des Antrags der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf völlige Beseitigung der Portofreiheit von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt. Ein Antrag der Konservativen, des Zentrums, und der Deutschen Fraktion will die Reichsabgabe für Briefe auf 5,3, für Postarten auf 5,3, für Telegramme auf 2,3 vom Wort, mindestens aber auf 10,3 von jedem Telegramm festlegen. Der Reichspostsekretär teilte mit, daß der Postvertrag mit Österreich-Ungarn gekündigt sei und möglichst gleiche Tarife haben und drüber angestrebt werden. Ein Sozialdemokrat fragte, was denn von dem provisorischen Charakter des Gesetzes überhaupt noch übrigbleibe, wenn sogar schon internationale Verträge seinetwegen gekündigt werden.

Damit schloß die allgemeine Besprechung und die Weiterberatung wurde vertagt.